— Nr. 291. — 1899. —

General-Anzeiger für Chemnitz und Umgegend.

Freitag, den 15. Dezember.

Diese verbreitetste unparteiische Zeitung erscheint Wochentags Abends (mit Datum des nächsten Tages) und kostet mit den fünf wöchentlichen Beiblättern: **Kleine Botschaft, Sächsischer Erzähler, Gerichts-Zeitung, Sächsisches Allerlei, Illustrirtes Unterhaltungsblatt,** bei den Postanstalten und bei den Ausgabestellen monatlich 40 Pfennige. Postliste: 1. Nachtrag Nr. 2877.

Telegramm-Adresse: Generalanzeiger. Fernsprechstelle Nr. 136.

Inseraten-Preis: Die 6gespaltene Corpuszeile oder deren Raum 20 Pfg. (Preisverzeichnisse 5-Zeile 25 Pfg.) — Bevorzugte Stelle (Reklame-Zeile) 60 Pfg. Bei vorausbestellten Wiederholungen größerer Inserate entsprechender Rabatt. — Anzeigen für die Nachmittags erscheinende Nummer können nur bis Vormittag 10 Uhr angenommen werden.

Geschäftliche Anzeiger-Inserate finden für billigsten Preis zugleich Verbreitung durch die täglich erscheinende Chemnitzer **Eisenbahn-Zeitung.**

(Sächsischer Landes-Anzeiger). — Begründet 1873 als „Anzeiger" rc.
Verlag und Rotationsmaschinen-Druck von Alexander Wiede in Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.

Amtliche Anzeigen.

22. öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Donnerstag, den 14. Dezember 1899, Abends 6 Uhr.

Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mittheilungen. 2. Berichte des Verfassungs-Ausschusses über: a. die Rathsvorlage, betreffend die Ermäßigung des Preises für elektrischen Strom zu Beleuchtungszwecken; b. die Rathsvorlage, betreffend die Verwendung der für Innentransformatoren verwilligten Verfügungssumme; c. die Rathsvorlage, betreffend die Genehmigung zur Einlegung von Kabeln; d. die Rathsvorlage, betreffend die Zustimmung zu dem Vertrage zwischen Siemens u. Halske und der Staatseisenbahn; e. die Rathsvorlage, betreffend die Erweiterung des Kabelnetzes in der Schillerstraße; f. die Rathsvorlage, betreffend die Anlegung von Sparkassengeldern; g. die Rathsvorlage, betreffend die Umwandlung zweier Schreiberstellen in Beamtenstellen bei dem Polizeiamte; h. die Rathsvorlage, betreffend die Pensionirung des Schutzmanns Wilhelm Dehne; i. die Rathsvorlage, betreffend die Schaffung einer neuen Beamtenstelle in der Abtheilung für Unterstützungswohnsitz; k. die Rathsvorlage, betreffend die Begründung zweier Beamtenstellen beim Stadtbauamte; l. die Rathsvorlage, betreffend die Verwilligung der Mittel für elektrische Beleuchtung des Johannisplatzes; m. die Rathsvorlage, betreffend die Besorgung des Feuerlöschdienstes in der Gemeinde Kappel; n. die Rathsvorlage, betreffend die Begründung einer neuen Expedientenstelle für die zweite Sparkassenabtheilung; o. die Rathsvorlage, betreffend die Gründung von zehn neuen Schutzmannsstellen; p. die Rathsvorlage, betreffend die Umgestaltung des Sicherheitsdienstes im Arresthause; q. die Rathsvorlage, betreffend Beihilfe zur Einführung des Handfertigkeitsunterrichts. 3. Berichte des Finanz-Ausschusses über: a. die Rathsvorlage, betreffend die Bauweise an der verlängerten Bahnstraße und Festsetzung des Bebauungsplanes über das Diezel'sche Baugelände; b. die Rathsvorlage, betreffend die Begründung einer Expedientenstelle bei dem Wasserwerksamte; c. die Rathsvorlage, betreffend die Begründung einer 2. Ingenieurstelle bei dem Wasserwerksamte; d. die Rathsvorlage, betreffend Ueberlassung von Areal zur Errichtung einer Bedürfnißanstalt im Zeisigwalde an die Schloßbrauerei; e. die Rathsvorlage, betreffend die Einstellung von 20 Mark Berechnungsgeld für jede Bezirkswache in den nächstjährigen Haushaltplan; f. die Rathsvorlage, betreffend die Einreihung des Betriebs-Assistent Klemm in die Gehaltsstaffel für die technischen Beamten des Bau- und Wasserwerksamtes; g. die Rathsvorlage, betreffend die Ermiethung von Räumen zur Errichtung einer Polizei-Bezirkswache in Gablenz; h. die Rathsvorlage, betreffend die Erhöhung des Zinsfußes bei der städtischen Sparkasse; i. die Rathsvorlage, betreffend die Bildung eines Spezialreservefonds bei der städtischen Sparkasse; k. die Rathsvorlage, betreffend den Anschluß des Steuer- und Vollstreckungsamtes an das Reichstelephon; l. die Rathsvorlage, betreffend den Ankauf eines an den Schloßgarten angrenzenden Trennstückes des Behrenther'schen Grundstücks Miramar. — Hierauf geheime Sitzung.

Versteigerung.

Morgen Freitag von Vormittags 9 Uhr ab sollen im Versteigerungsraume des hiesigen Justizgebäudes folgende **Pfandstücke,** als: Möbel, Spiegel, Bilder, Nähmaschinen, Pianinos, Geldschränke, div. Wagen, Fahrräder, 1 Pferd, Pferdegeschirre und -Decken, Weine, Kakao, Schuhwaaren, Kontor- und Ladeninventar, Herrenkleider, buntes Papier, 1 Wäschemangel, 1 Nebelbilderapparat, 1 Lichtarm, Zuglampe, 1 Drehbank, 1 Präg-, 1 Näh-, 1 Dynamo- und 1 Heftmaschine, 2 Pappenscheeren, 10 u. 17 Bände Lexikon, 3 Säcke Roggenmehl, 2 Rasirstühle, 1 Glaswand und Versch. m., gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Deutscher Reichstag.

121. Sitzung vom 13. Dezember 1899, 1 Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Berathung des Entwurfes eines **Telegraphenwegegesetzes** auf Grund der gestern in zweiter Berathung unverändert angenommenen Kommissionsbeschlüsse.

Es ergreift Niemand das Wort. Das Gesetz wird endgiltig angenommen.

Sodann folgt die Berathung des Berichts der Petitionskommission zu den Bittschriften, betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches bezw. Erlaß eines Reichsgesetzes über die Anlage und den Betrieb von Straßenbahnen.

Auch dieses Gesetz wird ohne Erörterung unverändert angenommen; ebenso werden die Beschlüsse der Kommission genehmigt.

Hierauf wird die **erste Berathung des Etats fortgesetzt.**

Das Wort ergreift zuerst Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Finanzminister Dr. **v. Miquel:** Herr Dr. Lieber hat gestern eine Rede des Kaisers sehr scharf kritisirt. Ich kenne eine solche Praxis nicht, obgleich sie unser hochverehrter Herr Präsident zugelassen hat. Ich würde ihm auf dem Wege nicht folgen, wenn er nicht meine Person damit in Verbindung zu bringen sich erlaubt hätte (Unruhe links, Oho! im Zentrum). Der Minister verliest den betreffenden Theil aus der Rede Lieber's. Meine Herren: Auf die Beurtheilung der Rede des Kaisers will ich nicht eingehen, ich stelle ihr nur eine andere Auffassung entgegen, daß Seine Majestät aus tiefer Sorge um das Vaterland gesprochen hat. Die Rede hat einen weiten Widerhall im deutschen Volke gefunden. (Zustimmung rechts). Und wenn er von der Liebe des Volkes spricht, so wird er auch darin Zustimmung finden. Herr Lieber hat mich deutlich bezeichnet, zum Mindesten als einen unverantwortlichen Rathgeber. Ich bin in dieser Frage weder verantwortlicher noch unverantwortlicher Rathgeber gewesen. Se. M. braucht keine Rathgeber (Große Heiterkeit links) in Fragen, welche die Marine betreffen. Wenigstens wäre ich darin einer der letzten. Es ist geradezu lächerlich zu sagen, daß sich Jemand unterfangen könnte, bei Sr. M., dem ersten Patrioten, das Volk zu verdächtigen, oder daß es verdächtigt worden sei. Herr Lieber hat die Insinuation ausgesprochen, ich hätte keine Ueberzeugung. Von den Ideen meiner Jugend, welche mich nur kurze Zeit beherrscht haben, habe ich mich bald befreit durch gründliche Studien. Man glaubt mir deshalb Wandelbarkeit vorwerfen zu können. Geh. Rath Planck hat mich damals gekannt. Er hat mir einst einen Brief geschrieben, in dem er feststellt, daß ich schon damals von den Marx'schen Irrthümern zurückgekommen sei. Ich glaube Ihnen den Rath der Tante Voß (Heiterkeit) geben zu können, auf alte Zeiten nicht immer zurückzukommen. Seitdem Herr Dr. Lieber im politischen Leben steht, habe ich keine anderen Wandlungen gehabt, als solche, die mir das politische Leben durch immer neue Aufgaben gestellt hat. Ich komme nun auf das Wort Agrarier. Wenn man darunter die Ansicht versteht, daß wir weder ein Industrie- noch ein Agrarstaat sind (Beifall rechts), daß man Alles thun muß, was die Erhaltung der Landwirthschaft erfordert, dann bin ich ein Agrarier und werde die kurze Zeit, die mir noch bleibt, in diesem Sinne wirken. (Beifall rechts.) Dann hieß es, ich hätte bei Sr. M. das deutsche Volk verdächtigt. Ich muß es für unter meiner Würde halten, darauf zu antworten. (Unruhe.) Ich könnte es auch nicht in parlamentarischen Formen thun. (Oho!) Mein moralischer Widerwille ist zu groß. (Unruhe.) So gehe ich denn darüber weg. Was die Liebe zum Volke betrifft, so stehe ich darin hinter Niemand zurück, ich habe auch an der Errichtung des Reiches mitgearbeitet. Es ist vielleicht vermessen, sich in dieser Beziehung mit dem hochverdienten Abgeordneten Dr. Lieber in einen Vergleich einzulassen. Es ist noch nicht lange her, daß mich Dr. Lieber in Ems besuchte; wir sprachen Manches über meine Haltung und Herr Dr. Lieber hat über diese nicht geklagt. Plötzlich wird in Mainz eine Rakete losgelassen. Herr Dr. Lieber hat zu seiner Haltung keine Ursache. Ich habe konfessionelle Streitigkeiten stets für ein Unglück gehalten und die Berücksichtigung der Minoritäten empfohlen. Ich begreife nicht, wie mir Parteilichkeit gegen das Zentrum vorgeworfen werden kann. Durch die schroffe Haltung des Herrn Dr. Lieber werde ich mich nicht beirren lassen; gegenüber dem großen vaterländischen Interesse kommt die Rede einzelner Abgeordneten nicht in Betracht. Im Uebrigen steht meiner Meinung nach die angekündigte Flottenvorlage nicht im Widerspruch mit den Reichsfinanzen und der Finanzkraft des deutschen Volkes. (Am Tische des Bundesraths erscheinen der Reichskanzler **Fürst zu Hohenlohe,** Staatssekretär Dr. **Nieberding** und die Minister **Thielen** und Frhr. **v. Rheinbaben.**) Deutschland ist zu groß geworden, um wieder klein zu werden. Die Konsequenzen einer negativen Haltung werden auch die Partei schädigen, die eine solche einnimmt. Auch das Zentrum wird sich von der Nothwendigkeit der Flottenvorlage überzeugen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Lieber** (Zentr.) drückt seine Freude darüber aus, den Staatsminister von Miquel nach so langer Zeit hierher geführt zu haben, und fährt fort: Dem parlamentarischen Brauche folgend, gehe ich hier auf private Unterredungen nicht ein. Die Kritik meiner gestrigen Rede berührt mich nicht. Ich werde mich nie daran hindern lassen, auch vom Kaiser in aller Ehrerbietung mit aller Entschiedenheit das zu sagen, was ich für nöthig halte! (Beifall im Zentrum.) Der Herr Minister hat, ich weiß nicht, ob ich so sagen soll, die Güte gehabt, in meinen gestrigen Schilderungen sein Porträt zu erkennen. Ist nicht der Herr Finanzminister im ganzen Vaterlande dafür bekannt, daß er alle Parteien für überlebt erklärt hat? Woher mein plötzlicher Zorn kommt, will ich offen sagen. Für heute will ich drei Gründe anführen. Der preußische Finanzminister macht stets gegen die vom Zentrum vertretene Reichsfinanzpolitik mobil, für die meine Partei verantwortlich ist. Dies Verhalten ist ein Grund für die Reichsverdrossenheit in Süddeutschland. Zweitens nenne ich meine Erfahrungen bei der Flottenfrage von 1898; der sogen. Deckungsparagraph begegnete solchen Schwierigkeiten im Bundesrathe, daß die Vorlage gefährdet war. Derjenige, der die Schwierigkeiten bereitete, war Herr Dr. Miquel. (Bewegung.) Auch die letzte Militärvorlage war dicht vor der friedlichen Lösung, da tauchte mit einem Male das Gerücht auf, die Vorlage sei unannehmbar. Der preußische Finanzminister war es wiederum, der die Schwierigkeiten bereitete. (Bewegung.) Er hätte die Verantwortung für die Wirren zu tragen gehabt, die wir vermeiden wollten. (Zuruf rechts: Namen nennen!) Namen nenne ich nicht, wenn man mich in Stücke reißt, hier steht Mann gegen Mann. Und ich beanspruche dieselbe Glaubwürdigkeit wie der Minister. (Beifall.) Am Tage nach Ablehnung der Kanalvorlage gab Herr v. Miquel dem ersten Berichterstatter die Parole aus: Das Zentrum ist daran schuld. Seitdem habe ich meine politischen Gefühle für Herrn v. Miquel revidirt. (Beifall.)

Minister Dr. **v. Miquel:** Alles, was der Herr Vorredner mir vorgeworfen hat, ist falsch (Heiterkeit), und außerdem erklärt es nicht den plötzlichen Zorn, denn alle diese Dinge liegen um Jahre zurück. (Widerspruch). Gegen die Finanzklausel im Flottengesetz habe ich gar nichts einzuwenden, schon um das Gesetz nicht scheitern zu lassen; ebenso ist falsch, was mir in Bezug auf das Friedenspräsenzgesetz vorgehalten wird; ich habe mich nicht in die Frage des Abstriches von 7000 Mann gemischt. Der Minister tritt sodann dem Widerspruch des Zentrums gegen den Bau der neuen Schiffe aus Anleihemitteln entgegen. Wenn ich — fährt der Minister fort — einmal vor vielen Jahren als Oberbürgermeister gesagt habe, die Parteien hätten sich überlebt, so habe ich doch zu viel Respekt vor Anderen, als daß ich annehmen könnte, man wolle mir auf Grund dessen nachsagen, daß ich das Volk beim Kaiser verdächtigt hätte.

Abg. Dr. **Sattler** (nat.-lib.): Ich muß zunächst, nachdem einmal die Kanalfrage zur Sprache gebracht worden ist, konstatiren, daß von derselben Stelle aus — ich will sie nicht nennen — von der sofort nach Scheitern der Kanalvorlage die Parole ausging: „Deshalb keine Feindschaft!" auch Angriffe nicht nur gegen das Zentrum, sondern auch gegen Nationalliberale gerichtet worden sind. Wir Nationalliberalen können uns dem Mißtrauensvotum des Grafen Limburg-Stirum gegen den Reichskanzler nicht anschließen. Wir haben seinen Patriotismus mit seiner reichen Erfahrung kennen und schätzen gelernt. Was die Kaiserrede in Dortmund und Hamburg anlangt, so sind wir dem Kaiser dankbar dafür, daß er dem deutschen Volke offen und klar die Aufgaben gezeigt hat, die zu erfüllen sind. Ich sehe in der Hamburger Rede keinen schärfsten Tadel, wie Herr Lieber, sondern eine Mahnung. Hatte der Kaiser nicht Recht, wenn er von Parteizersplitterung sprach und davor warnte, Fragen aus dem Parteigetriebe herauszuheben? Auf die Finanzfrage eingehend, wünscht Redner ein Reichsanleihegesetz, dann eine strenge Scheidung der außerordentlichen Ausgaben, die auf Anleihen zu nehmen seien, von den anderen Ausgaben. Mit der Erhöhung des Betriebsfonds aus den diesjährigen Ueberweisungen seien seine Freunde einverstanden. Die Einnahmeveranschlagungen seien im Allgemeinen durchaus angemessen. Was die Kolonien betreffe, so sei zweifellos, daß man, wenn man überhaupt Kolonien haben wolle, erst Gelder in dieselben hineinstecken müsse. Sehr zu bedauern sei, daß bei den Spielerprozessen immer noch Offiziere als Betheiligte erscheinen, so auch wieder bei dem letzten „Harmlosen"-Prozeß. Die Militärverwaltung müsse da entschieden eingreifen, im Interesse der Moral des ganzen Volkes. Freudig zu begrüßen sei das Museum für Arbeiterwohlfahrt. Erfreulich sei ferner die Aufrechterhaltung der alten Bismarck'schen Dreibundpolitik, und es sei richtig, daß sich unsere Politik lediglich leiten lasse durch eine gesunde Selbstsucht, und deshalb seien seine Freunde auch durchaus mit dieser Politik einverstanden, welche unsere Regierung in den letzten Monaten England gegenüber eingeschlagen habe. Zu einer guten Politik gehöre aber auch der Besitz der erforderlichen Macht. Zur See hätten wir diese Macht noch nicht besessen, weshalb seine Freunde für die Flottenvermehrung eintreten würden, zumal in den letzten Jahren eine Reihe neuer Machtfaktoren in Thätigkeit getreten seien: Japan, sowie der ungeheure Expansionstrieb Amerikas und Englands. Da müßten wir im Interesse unseres Exports in der Lage sein, unter Umständen zu zeigen, daß wir die Macht haben, zu vertreten, was wir für richtig halten. In keinem Lande geschehe so viel für die Arbeiter, wie in Deutschland. Das deutsche Bürgerthum könne auf die Entwickelung der Dinge bei uns stolz sein, es habe keinen Grund, seine Stellung und sich selbst von den Kommunisten über den Haufen werfen zu lassen. Die Differenzen zwischen dem Reiche und Preußen müßten unbedingt vermieden werden.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.) widerspricht der Auffassung des Dr. Lieber und des Grafen Limburg, daß die Einnahmeveranschlagungen diesmal etwas zu optimistisch aufgestellt worden seien, und beklagt die andauernd mißliche Lage der Landwirthschaft. Was letztere erlangt habe, habe sie der Regierung abringen müssen. Erfreulich sei Sattler's Anerkenntniß, daß Deutschland einen größeren Theil seines Bedarfs an landwirthschaftlichen Produkten selbst decken könne. Dem Vertrauensvotum, das Herr Sattler dem Reichskanzler in Bezug auf die auswärtige Politik ausgestellt habe, schließe sich der Redner an. In der sozialen Politik der Regierung finde er nur abwechselnd Bücklinge vor dem Großkapital und vor der Sozialdemokratie. Gegen die Kanalbauten habe er wegen der erwiesenen Unfähigkeit unserer Wasserbautechniker ein großes Mißtrauen. Daß Herr v. Miquel die Beamtenmaßregelung mitgemacht haben solle, bedaure er, aber er könne es doch nicht gern gethan haben. (Große Heiterkeit). Im Landtag werde man sich darüber noch näher unterhalten. Der Krieg in Südafrika sei das Werk der Londoner Börsenmänner, die ein Interesse an der Goldgewinnung haben, er sei eine Konsequenz der allgemeinen Einführung der Goldwährung. (Große Heiterkeit.) Er hoffe, daß die Flottenfrage zu einem Abschluß kommen wird, der dem Vaterlande zum Segen gereicht.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** vertheidigt einigen Bemerkungen Kardorff's gegenüber die Haltung der verbündeten Regierungen in der Vereinsverbindungsfrage. Die alten Bestimmungen seien ein ausgepustetes Ei, mit dem die Regierung nichts anfangen konnte. Es sei vielleicht ganz gut, den Versuch zu machen, ohne diese Bestimmungen auszukommen, um dann später an einen besser informirten Reichstag appelliren zu können. Das gelte auch in Bezug auf das Arbeitswilligen-Gesetz. Sei vielleicht das Börsengesetz ein Bückling vor dem Großkapital? (Zwischenrufe: Aber die Ausführung!) Die jetzige Majorität des Reichstages sei nicht geneigt, auf das neue Gesetz gegen die Sozialdemokratie einzugehen. Darauf müsse hingewiesen werden, wenn man verhindern wolle, daß sich aus solchen Vorschlägen Wahnvorstellungen in weiten Kreisen bilden. Der Redner wünscht schließlich, daß an der konstitutionellen Praxis festgehalten werde, die Person des Monarchen unter allen Umständen aus den Erörterungen des Parlaments fernzuhalten.

Abg. **Motty** (Pole) meint, daß besser als durch große Rüstungen der Frieden durch Bündnisse erhalten werden könne und beschwert sich über Verletzung der den Polen gemachten Versprechungen. Weiterberathung morgen.

Politische Rundschau.

Chemnitz, 14. Dezember 1899.

Deutsches Reich.

— Bei Gelegenheit der ersten gemeinsamen Feier des Stiftungsfestes der hannoverschen Garde-Kürassiere und der hannoverschen 14. Ulanen hatte die Festversammlung ein Huldigungs- und Ergebenheitstelegramm an den Kaiser gesandt. Hierauf ertheilte der Monarch folgende Antwort:

Den zum ersten Male den gemeinsamen Stiftungstag als Kameraden desselben Heeres feiernden Offizieren des ehemaligen hannoverschen Garde-Kürassier-Regiments und des 2. hannoverschen Ulanen-Regiments Nr. 14 danke Ich für das Mir übersandte Telegramm. Es ist Mir eine freudige Genugthuung, zu sehen, daß, so wie Ich es gewünscht, die alten hannoverschen Offiziere jetzt in den Reihen ihrer jüngsten Kameraden ein Heim gefunden, in dem sie der glorreichen Thaten ihres alten Regiments gedenken und in dem jungen Geschlecht die Bürgschaft einer gleichen Zukunft heranwachsen sehen können. Ich vertraue und weiß, daß Meine Niedersachsen sich stets des Rufes ihrer Voreltern würdig zeigen und schlagen werden.

(gez.) Wilhelm I. R.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Namens der konservativen Partei erklärte in der gestrigen Reichstagssitzung der Graf von Limburg-Stirum, von der Verwaltung und der Amtsführung des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe enttäuscht worden zu sein; speziell glaubt Graf Limburg-Stirum, bezugnehmend auf eine Aeußerung des Reichskanzlers während des Geographen-Kongresses, daß der Reichskanzler die Bedeutung der Landwirthschaft für unser Vaterland nicht nach ihrem wahren Werthe schätze. Diese Annahme ist schon deshalb als irrig zurückzuweisen, weil gerade während de

SLUB
Wir führen Wissen.